



Pressemitteilung

Nummer 80 vom 18. März 2015
Seite 1 von 2

Hausanschrift
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

+49 (0)30 18 529 – 3170
+49 (0)30 18 529 – 3179

pressestelle@bmel.bund.de
www.bmel.de

Mehr Geld für Obst und Gemüse an Schulen

Minister Schmidt fordert Länder auf, sich am EU-Programm zu beteiligen

Deutschland erhält für das kommende Schuljahr rund 28 Millionen Euro für das Schulobstprogramm von der EU-Kommission. Das sind rund 50 Prozent mehr als die Deutschland mindestens zustehenden 19,7 Millionen. Bundesernährungsminister Christian Schmidt begrüßt den dadurch ermöglichten Ausbau des Schulobstprogramms: „Das Schulobstprogramm ist eine Erfolgsgeschichte. Mit den Obst- und Gemüselieferungen werden Kinder regelmäßig mit wertvollen Vitaminen und Ballaststoffen versorgt und mit dem pädagogischen Begleitprogramm erfahren sie, was eine gesunde und ausgewogene Ernährung ausmacht. In neun Bundesländern profitieren die Kinder schon von diesem Angebot. Damit besteht eine ausgezeichnete Möglichkeit auch für die übrigen Bundesländer, sich nun zu beteiligen und an der Erfolgsgeschichte mitzuschreiben“, sagte Schmidt in Berlin.

Das Schulobstprogramm hat die Europäische Union im Jahr 2009 in den Mitgliedstaaten gestartet. Inzwischen heißt das Programm Schulobst- und –gemüseprogramm, um die volle Vielfalt des Angebots deutlich zu machen. Über das Programm bekommen Schülerinnen und Schüler, überwiegend an Grundschulen, aber auch Kinder in Kindertageseinrichtungen regelmäßig – je nach Land einmal bis zu dreimal wöchentlich – kostenlos eine Portion Obst und Gemüse. Durch die pädagogischen Begleitmaßnahmen des Programms lernen sie zum Beispiel mit dem IN FORM Ernährungsführerschein gesundes Genießen als Selbstverständlichkeit in ihrem Alltag und erwerben so praktische Ernährungs- und Lebenskompetenz. Inzwischen sind bundesweit etwa 600.000 Kinder stolze Besitzer des Ernährungsführerscheins.

Im laufenden Schuljahr kommen Schulkinder in neun Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen) in den Genuss des Programms. Die EU hatte bereits für das Schuljahr 2014/15 die Kofinanzierung von 50 auf 75 Prozent erhöht, so dass es für die Länder noch attraktiver geworden war, sich zu beteiligen. Das nun erhöhte Budget verbessert die Rahmenbedingungen weiter.